Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9625**

14. Wahlperiode 27. 06. 2002

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulrike Flach, Ernst Burgbacher, Birgit Homburger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 14/9289 –

Konsequenzen für den Bund durch Sparmaßnahmen des Berliner Senats im Forschungsbereich

Vorbemerkung der Fragesteller

In Berlin gibt es drei große Universitäten, sieben Fachhochschulen, vier künstlerische Hochschulen, eine Berufsakademie und zahlreiche Private Hochschulen. Berlin gehört zu den forschungsintensivsten Regionen Europas. Im Rahmen der gemeinsamen Forschungsförderung durch Bund und Länder nach Artikel 91b Grundgesetz (GG) fließen über 500 Mio. Euro pro Jahr in außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.

In Berlin befinden sich drei Einrichtungen der Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), fünf Institute, eine Außenstelle und ein Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), drei Institute der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) und 16 Einrichtungen (einschließlich Außenstellen) der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz. Diese Institutionen werden von Bund und Sitzland anteilig kofinanziert (im Regelfall 50 : 50, aber auch bis zu 90 % Bundesförderung). Jeder eingesparte Euro im Landeshaushalt hat damit Ausfälle von Bundeszuwendungen zur Folge.

Der Forschungsverbund Berlin e. V. ist mit 1 100 Beschäftigten die größte außeruniversitäre Wissenschaftseinrichtung in den neuen Bundesländern und Berlin. Der Forschungsverbund warb im Jahr 2001 25 Mio. Euro an Drittmitteln ein. Jede vierte Stelle wurde so finanziert. Der Forschungsverbund befürchtet, für die nächsten zwei Jahre Mittelkürzungen in Höhe von 2,5 Mio. Euro zu erleiden.

Der Berliner Senat aus SPD und PDS hat im Doppelhaushalt 2002/2003 massive Einsparungen bei Bildung und Wissenschaft vorgenommen, die dramatische Auswirkungen auf den Forschungsstandort Berlin haben werden.

1. Trifft es zu, dass die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, am 22. Januar 2002 auf der Festveranstaltung zum 10-jährigen Bestehen des Forschungsverbundes Berlin e. V. erklärt hat: „Zehn Jahre nach ihrer Neugründung nehmen die Einrichtungen des Verbundes

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 24. Juni 2002 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

heute im nationalen und internationalen Vergleich führende, teilweise Spitzenpositionen ein“ (Forschungsverbund Berlin e. V. Journal Nr. 51, März 2002)?

Ja.

2. Wenn ja, sieht die Bundesregierung die nationale und internationale Bedeutung des Forschungsverbundes durch die Einsparungen des Berliner Senats gefährdet?

Nein. Die Bundesregierung geht davon aus, dass Berlin die gegebenen Finanzierungszusagen einhalten wird.

3. Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), dass jeder vom Senat für die Wissenschaft ausgegebene Euro eine Nachfrage von fast vier Euro nach sich zieht?

Die Bundesregierung stellt die Ergebnisse der Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zur Bedeutung der Wissenschaft und Forschung für Berlin, veröffentlicht im DIW-Wochenbericht 39/01, nicht in Frage.

4. Ist die Bundesregierung vor den Sparbeschlüssen durch den Berliner Senat über die zu befürchtenden Auswirkungen informiert worden, z. B. in der Bund-Länder-Kommision für Bildungsplanung und Forschungsförderung?

Ja.

5. Ist die Bundesregierung bereit, mit dem Berliner Senat in Verhandlungen über eine Veränderung des Schlüssels der Gemeinschaftsfinanzierung einzutreten?

Nein.

6. Wie hoch ist die Summe der Mittel aus der Kofinanzierung des Bundes für die Institute der Leibniz-Gemeinschaft, die dem Land Berlin aufgrund der Einsparungen im Landeshaushalt im Jahr 2002 und im Jahr 2003 entgehen?

7. Wie hoch ist die Summe der Mittel aus der Kofinanzierung des Bundes für die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft, die dem Land Berlin aufgrund der geplanten Einsparungen im Landeshaushalt entgehen?

8. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass z. B. beim Fraunhofer-Institut für Zuverlässigkeit und Mikrointegration aufgrund der Finanzierung Bund : Land von 90 : 10 sogar pro eingesparten Euro des Landes neun Euro des Bundes nicht zur Verfügung stehen?

9. Wie hoch ist die Summe der Mittel aus der Kofinanzierung des Bundes für die Berliner Institute der Helmholtz-Gemeinschaft, die dem Land Berlin aufgrund der geplanten Einsparungen im Landeshaushalt entgehen?

10. Wie hoch ist die Summe der Mittel aus der Kofinanzierung des Bundes für die Berliner Institute der Max-Planck-Gesellschaft, die dem Land Berlin aufgrund der geplanten Einsparungen entgehen?

Nach den vorliegenden Informationen werden den Berliner Blaue Liste-Einrichtungen die von der BLK für 2002 beschlossenen Ansätze zur Verfügung gestellt

und die aufgrund von Mittelknappheit ausgebrachten Sperren aufgehoben. Die Mittel für die Berliner Blaue Liste-Einrichtungen für das Haushaltsjahr 2003 entsprechen im Wesentlichen dem jeweils von den Blaue Liste-Einrichtungen bei Bund und Land Berlin angemeldeten Bedarf.

Für die übrigen gemeinsam vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und den Ländern finanzierten Forschungseinrichtungen bzw. -organisationen (MPG, FhG) und Zentren der HGF werden die Verpflichtungen in 2002 ohne Sperren im Haushaltsvollzug erfüllt. Für 2003 wurden in den jeweils zuständigen Gremien der Zuwendungsgeber noch keine Beschlüsse gefasst.

11. Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Verlust von Arbeitsplätzen bei Forschungsinstitutionen in Berlin, die anteilig durch den Bund gefördert werden?

Entfällt (s. Antworten zu Fragen 6 bis 10).

12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, dass aufgrund der Sparmaßnahmen des Senats das Nachwuchsgruppenkonzept des Forschungsinstitutes für Molekulare Pharmakologie in Buch nicht umgesetzt werden kann, das der Bund und der Wissenschaftsrat als vorrangig ansehen?

Das Nachwuchsgruppenkonzept des Forschungsinstituts für Molekulare Pharmakologie (FMP) kann umgesetzt werden, da voraussichtlich die in der BLK für 2002 beschlossenen Ansätze, einschließlich zusätzlicher Mittel für den Aufbau und die Aufrechterhaltung von Nachwuchsgruppen, zur Verfügung gestellt werden. Der für 2003 vorgesehene Haushaltsansatz gewährleistet dies ebenfalls.

13. Hält die Bundesregierung die Befürchtungen des Fraunhofer-Instituts für Zuverlässigkeit und Mikrointegration (IZM) für gerechtfertigt, durch die Kürzungen von Landesmitteln (und über die Kofinanzierung ebenso hohen Bundesmitteln) Arbeitsplätze abbauen, die Dienstleistungen und die Vorlaufforschung reduzieren zu müssen?

Entfällt (s. Antwort zu Fragen 6 bis 10).

14. Sieht die Bundesregierung eine Gefahr für den Fortbestand des Forschungszentrums Linearbeschleuniger BESSY, wenn der für 2002 zugesagte zusätzliche Finanzierungsanteil des Landes Berlin in Höhe von 3 Mio. Euro nicht gezahlt wird?

15. Welche Auswirkungen auf die bundesweite Forschungslandschaft hätte eine Schließung von BESSY?

Bei den in der Frage genannten rd. 3 Mio. Euro handelt es sich nicht um einen vom Land zusätzlich zugesagten Finanzierungsanteil. Es sind Mittel, die im Rahmen der Bund-Länder-Finanzierung für BESSY II (als Blaue Liste-Einrichtung) vorgesehen sind.

Eine Reduzierung oder ein Wegfall des Betrages ist nicht zu erwarten.

Die Schließung von BESSY II steht dementsprechend nicht an.

16. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, ob und in welchem Umfang es zu Abwanderungen von Wissenschaftlern an gemeinschaftsfinanzierten Instituten gekommen ist?

Entfällt (s. Antwort zu Fragen 6 bis 10).

17. Wie wirken sich die Berliner Sparbeschlüsse an den Hochschulen auf die vom Bund finanzierte Ausstattung der im 5. Hochschulrahmengesetz beschlossenen Juniorprofessuren aus?

Berliner Sparbeschlüsse haben keine Auswirkungen auf die vom Bund im Rahmen der Förderung im Vorgriff auf die Einführung der Juniorprofessur finanzierte Sachausstattung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern. Die im Rahmen des Programms für die sächliche Erstausstattung zur Verfügung gestellten Fördermittel werden ausschließlich vom Bund finanziert und stehen allein den angehenden Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren zu, so dass die Mittel nicht Gegenstand von Sparbeschlüssen sein können.

Im Übrigen hat das Land Berlin ausdrücklich die Einrichtung der vom Bund geförderten Juniorprofessurenstellen befürwortet.

18. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussagen des Haushaltsexperten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Dieter Vesper, das Land Berlin benötige Hilfe des Bundes in Höhe von zwei Mrd. Euro jährlich?

Die Bundesregierung teilt die Auffassung des DIW nicht.

19. Trifft es zu, dass der Bund bereits gezahlte Zuschüsse zwischen 51 und 76 Mio. Euro für das Universitätsklinikum Benjamin Franklin zurückfordern wird?

Das Land hat eine abschließende Entscheidung über die zukünftige Struktur der Hochschulmedizin in Berlin bisher nicht getroffen, so dass sich die Frage eines Rückforderungsanspruchs des Bundes hinsichtlich des Universitätsklinikums Benjamin Franklin (UKBF) derzeit nicht stellt.

20. Hält die Bundesregierung es für vereinbar, wenn das Land Berlin einerseits in Verhandlungen mit dem Bund über eine Finanzierung von Kultureinrichtungen (z. B. Museumsinsel) eintritt, andererseits aber auf Mittel des Bundes aus der Kofinanzierung von Forschungsinstitutionen verzichtet?

Berlin verzichtet nach derzeitiger Sachlage nicht auf Mittel des Bundes für eine Kofinanzierung von Forschungsinstitutionen.

21. Ist die Bundesregierung bereit, das Land Berlin aufzufordern, die gemeinsame Forschungsförderung aus den Sparmaßnahmen auszunehmen?

Entfällt (s. Antwort zu Fragen 6 bis 10).

22. Wie steht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der dramatischen Ergebnisse der PISA-Studie dazu, dass das Land Berlin über 1 000 Lehrerstellen und eine Mio. Euro weniger für Lehr- und Lernmittel an berufsbildenden Schulen zur Verfügung stellen will?

Die abschließende Beratung des Berliner Haushaltes wird erst am 27. Juni 2002 stattfinden. Im Übrigen tragen die Länder die Verantwortung für den Schulbereich.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333